

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/36

Hannover, 24. März 1948

Erich Ollenhauer über London

Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der anstelle des erkrankten Dr. Schumacher die deutsche Delegation führte, sprach im englischen Rundfunk über seine Eindrücke von den beiden sozialistischen Konferenzen in London.

"Die deutsche Delegation", so sagte Ollenhauer, "nahm sowohl an der Sitzung des Organisationskomitees der Internationalen Sozialisten-Konferenz wie an der Konferenz der sozialistischen Parteien der sog. Marshall-Plan-Länder teil. Die Delegierten für die beiden Konferenzen waren zum Teil identisch, die Zahl der Teilnehmer an der zweiten Konferenz jedoch erheblich größer, da auf ihr auch Wirtschaftsachverständige vertreten waren. Insgesamt dürften es 60-80 Delegierte gewesen sein. Wir waren vollberechtigte Teilnehmer und konnten unseren Standpunkt genau so vertreten wie die anderen sozialistischen Parteien auch. Außerdem war die deutsche Sprache als Verhandlungssprache zugelassen. Wir hatten also in jeder Hinsicht die Möglichkeit, uns an der sachlichen Arbeit zu beteiligen. Die Atmosphäre war gut und wir hatten willkommene Gelegenheit, alte Freunde zu begrüßen und bestehende Beziehungen zu vertiefen. Ein sprechender Beweis für das freundschaftliche Verhältnis war, daß die Nachricht von der Erkrankung Dr. Schumachers eine wahre, echte Anteilnahme bei allen Delegierten ausgelöst hat".

"In der Frage des Verhältnisses der Internationalen Sozialisten-Konferenz zu den sozialistischen Parteien Südostdeutschlands, die auf der ersten Konferenz behandelt wurde, war die Situation klar. Die sozialistischen Parteien in Rumänien, Ungarn und Bulgarien wurden gewaltsam fusioniert und damit war ihre Mitgliedschaft erloschen. Man hat sich außerdem eindeutig von der jetzigen Leitung der sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei distanziert. Es war sehr eindrucksvoll, als der frühere Generalsekretär der tschechischen Sozialisten Vilim erschien und den tatsächlichen Ablauf des Staatsstreichs in Prag schilderte".

Die Idee der zweiten Konferenz war, festzustellen, ob es einen besonderen sozialistischen Standpunkt zum Marshall-Plan gebe. Die SPD konnte dabei feststellen, daß all die Argumente, die in unseren Besprechungen in die Debatte geworfen wurden, auch bei den anderen Parteien auftauchten, so z.B. das Argument, daß der Marshall-Plan nicht dazu dienen dürfe, in die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder einzugreifen, beispielsweise durch die Verhinderung der Sozialisierung der Schlüsselindustrien oder durch das Eingreifen in das demokratische Recht der europäischen Länder, ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen - eine Forderung, die übrigens von Marshall selbst erhoben wurde, und die auch in der Resolution zum Ausdruck kam."

"Wir sind mit dem Verlauf der Konferenz sehr zufrieden. Sie war zweifellos eine positive Konferenz und die erste Konferenz nach dem Kriege, auf der der praktische Versuch unternommen wurde, einen eigenen sozialistischen Standpunkt zu definieren. Die Arbeit wird auf der Pariser Konferenz fortgesetzt werden, auf der die Frage eines sozialistischen Europas erörtert wird. Dort wird echte Zusammenarbeit versucht werden und auch an ihr wird die sozialdemokratische Partei als völlig gleichberechtigtes Mitglied teilnehmen." (r/233/1/E65/ae)

10.000 Ausgabe des "Daily Herald"

London, März 1948

Das offizielle Organ der britischen Labour Party, der "Daily Herald", gab am Schlußtag der Londoner Konferenz der sozialistischen Parteien der Marshall-Plan-Länder seine 10.000. Nummer heraus. Dieses seltene Jubiläum wurde auf einer Feier in der Royal Albert Hall gewürdigt, auf der Premierminister Attlee, der mit zahlreichen Mitgliedern seines Kabinetts erschienen war, über die Entwicklung der Labour Party sprach. Weitere Ansprachen hielten Miss Florence Hancock, die Vorsitzende des englischen Gewerkschaftskongresses und der Hauptschriftleiter des "Daily Herald". Mit der Feier war ein Konzert verbunden, das durch die Mitwirkung der berühmten norwegischen Wagner-Sängerin Kirsten Flagstad eine besondere Note erhielt. (b/A98/233/1/ha)

Hundhammer an der Arbeit

sp. Auf Einwendung des Kultusministers Hundhammer werden in Bayern jetzt die Lehrerinnen aus den Knabenschulen entfernt. Ebenso hat man damit begonnen, verheiratete Lehrerinnen als "Doppelverdiener" zu entlassen.

Ganz abgesehen davon, daß in Deutschland heute ein Mangel an ausgebildeten Lehrkräften besteht und jeder einzelne, ob Mann oder Frau, gebraucht wird, sollten wir diesem Beginn der "Rasazifizierung" unseres Denkens von vornherein begegnen. Mit der Prügelstrafe hat es angefangen, mit dem Kampf gegen die Frauen geht es weiter und vielleicht wird man eines Tages auch wieder dazu übergehen, die Juden oder die Preussen oder die Flüchtlinge aus den Schulen herauszuwerfen! Ein Land, in dem 60% der Bevölkerung Frauen sind, kann es sich nicht leisten, die Mehrheit seiner Einwohner als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. (m/Bl/243/1/ha)

Die Illusion vom Mittelpunkt

R.B. Die sich überstürzenden Ereignisse der Weltpolitik lassen bereits wieder viele Deutsche den Irrtum begehen, Deutschland oder zumindest den Westen in seiner Bedeutung zu überschätzen. Wenn Truman kürzlich sagte, die heutige Weltlage sei nicht mehr allein eine Folge des Krieges, wenn zu gleicher Zeit die Marshall-Länder beschlossen, Westdeutschland in das System der gegenseitigen Hilfen einzugliedern und demnächst sogar deutsche Sachverständige auf internationalen Konferenzen erscheinen werden, so ist Deutschland deshalb keineswegs zum Mittelpunkt westlicher Hoffnungen geworden. Ebenso wenig ist die bevorstehende Erhöhung der Rationen als die praktische Auswirkung eines berauschten Liebeswerbens um die Gunst der Deutschen anzusehen, wie man auch nicht anzunehmen braucht, dass sich die westlichen Alliierten dazu ausschließlich auf Grund der russischen Haltung veranlasst sahen.

Truman hat die primäre Schuld Russlands an der Krankheit Europas und damit an der Unsicherheit des Weltfriedens öffentlich ausgesprochen. Es wäre aber verfehlt, hieraus einen Freispruch für die Hauptschuldigen des zweiten Weltkrieges zu konstruieren. Man wird den Kern treffen, wenn man in dem Geschehen einen Anfang sieht, mit dem ein untragbarer Zustand beendet werden muss. Es ist selbstverständlich, dass Deutschland hierin einbezogen wird, da ein Vakuum inmitten Europas unmöglich ist.

Der Westen Deutschlands wird also zu einem festen und auch wichtigen Bestandteil des Marshall-Planes gehören. Dabei braucht die Tatsache durchaus nicht verheimlicht zu werden, dass die Kohlen- und Stahlproduktion der Westzonen die Voraussetzung des Erfolges dieser weitreichenden Absprache ist. Dies wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass die westlichen Demokratien mit manchen Unsicherheitsfaktoren belastet sind. In Frankreich, England und auch in Amerika können längere Streiks in den Kohlengruben jede wirtschaftliche Planung ernstlich gefährden. Mit solchen Möglichkeiten rechnet man hinsichtlich Deutschland anscheinend nicht. Hier muss man allerdings selber ernstlich darum besorgt sein, die Ernährung der Bergarbeiter sicherzustellen. Andererseits sollte sich jeder vernünftige Deutsche sagen, dass die deutsche Kohlen- und Stahlproduktion, ohne die helfende Hand der Amerikaner, kaum zu einer schnellen und wirksamen Unterstützung des europäischen Gesundungsplanes beitragen könnte.

Die Politik Amerikas im Hinblick auf Westdeutschland wird dann richtig verstanden, wenn man sich darüber klar wird, dass das "Abbrücken" weiterer Staaten verhindert werden soll. Darum ist jedes Land wichtig, das noch nicht in den Untiefen des Kommunismus verschwunden ist - also auch Westdeutschland. Es ist offenbar, dass die Vereinigten Staaten sehr viel aufwenden, um Griechenland zu retten; dass sie Italien auf keinen Fall den Weg der Tschechoslowakei gehen lassen wollen, und dass sie endlich zu den finnischen Ereignissen sehr verpflichtende Erklärungen abgegeben haben. Dabei handelt es sich

am Staaten, die nicht das Wirtschaftspotential Westdeutschlands besitzen. Der Damm wird soweit vorgébaút, wie immer es nur möglich ist.

Die Neigung des Deutschen, allzu schnell in eine nationalistische Weltanschauung zu verfallen, das eigene Land als Mittelpunkt allen Geschehens anzusehen, ist bekannt. Ihr gilt es, entgegenzutreten. Es ist falsch, den Eindruck zu erwecken, als stünde Deutschland zwischen zwei Heiratsanträgen, und es ist verwerflich den Gedanken zu suggerieren, es biete dem die Hand, der das beste Angebot macht. Auch ist die Entscheidung, demokratische Freiheit oder Verlust der Menschenrechte, längst von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes getroffen worden. Deutschlands frühere Außenpolitik war mit dem Makel der Unzuverlässigkeit behaftet; die Verfechtung eines neuen deutschen politischen Bewusstseins sollte aus dieser Erfahrung lernen. (b/B8/223/1/he)

Der Sozialist Morgan Philipps

Auf dem Kaminsims seines Arbeitszimmers im Londoner Transport-House, dem Sitz der Labour Party und geistigen Zentrum des europäischen, demokratischen Sozialismus, liegt ein Brocken Steinkohle. Er erinnert nicht nur an die Herkunft des Generalsekretärs der englischen Labour-Partei, Morgan Philipps, der in den beiden letzten Jahren mehr und mehr ins internationale Blickfeld getreten ist und maßgebenden Anteil am soeben vollzogenen Zusammenschluß der westeuropäischen Sozialisten hat. Jenes Stück Kohle symbolisiert auch die enge Verbundenheit jenes Mannes, den die Partei als ihren Fein Nr. 1 betrachtet, mit der werktätigen, um die soziale Gerechtigkeit kämpfenden Bevölkerung.

Der jetzt 45 Jährige stammt aus einem kleinen Bergarbeiter-Dörfchen im Revier von Wales und ist in seinem Herzen einer der vielen Tausend Schwerschaftender Zumpels geblieben, auch wenn er schon über ein Vierteljahrhundert das Dörfchen Aberdare, mit der Millionenstadt London vertauscht hat. Ihrem Solidaritätsgefühl hat es Morgan Philipps, der mit 19 Jahren an der Spitze eines Hungermarsches über die Berge von Wales nach Merthyr ging, um Schuhe für die Kinder zu fordern, allerdings auch zu verdanken, denn ihm der Weg nach oben geebnet wurde. Als er 1926 Primus seiner Schule wurde, schwangen Hunger und Not die Peitsche im Revier von Wales. Aber eine Sammlung unter den streikenden und starbenden Bergarbeitern brachte doch soviel ein, um Morgan Philipps neu einkleiden und zur weiteren Ausbildung in die Stadt schicken zu können. Er büffelte bis in die späten Nachtstunden hinein und arbeitete mit echt waliser Zähigkeit an seiner Fortbildung. Der Lohn blieb ihm nicht versagt. Morgan Philipps wurde Gemeinderat in Fulham und Mitglied der Verwaltung im Transport-House und als Jim Middleton 1944 von seinem Posten als Generalsekretär der Labour Party zurücktrat, fiel die Wahl auf den ehemaligen Grubenarbeiter aus Wales, dessen ruhiges, besonnenes Wesen ebenso besticht wie seine überzeugende Beredsamkeit. Er trinkt gerne ein Glas Bier und ist ein ausgezeichnete Tänzer und gilt als einer der meistgeraiseten Politiker der Nachkriegszeit.

Morgan Phillips hatte in seiner ersten Zeit als Generalsekretär gleich eine harte Bewährungsprobe zu bestehen. Er hatte sich kaum eingearbeitet, als das Kabinett Churchill stürzte und innerhalb weniger Wochen Neuwahlen durchgeführt werden mußten. Es war das schwerste Stück Arbeit seines Lebens. Aber auch sein größter Triumph. Der überwältigende Wahlsieg der Labour Party 1945 war nicht zuletzt das Verdienst des gleichen Morgan Phillips, der neuerdings mitgeholfen hat, eine Barriere demokratischen Sozialismus gegen die kommunistische Expansion aufzurichten. Vor einhalb Jahren war Morgan Phillips in Moskau. Als Molotow Stalin vorschlug, ihn zum Abendessen einzuladen, fragte der Generalissimus: "Wer ist dieser Morgan Phillips?" Heute weiß er es. Er ist einer der unermüdlichsten Vorkämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit und einer der entschlossensten Kämpfer gegen kommunistische Tyrannei und Rechtlosigkeit.

(b/A. 98/243/hs)

Ein schweizerisches Staatsschutzgesetz

(Eigenbericht) O.Z. Bern, Mitte März

Von der Kriegszeit her sind in der Schweiz noch Vollmachtenbeschlüsse in Kraft, die der Bundesregierung erlauben, gewisse Erlässe und Maßnahmen erst in nachträglicher periodischer Berichterstattung dem Parlament zur Behandlung zu unterbreiten. Die für die Frage zuständige Kommission hat sich mit einer etwaigen Verlängerung der zum Jahresende ablaufenden Demokratieschutzverordnung Nr. 3 beschäftigt und mit allen gegen die eine PdL-Stimme das Ersuchen an den Bundesrat zum Beschluß erhoben, "die Bestimmungen der Demokratieschutzverordnung Nr. 3 möglichst bald in die ordentliche Gesetzgebung überzuführen und gleichzeitig zu verschärfen".

Dieser politisch schwerwiegende Antrag führte in Verbindung mit einer Gesanterklärung aller bürgerlichen Fraktionen und einer Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, die den Kommissionsantrag teils voll, teils mit leichten Modifikationen billigt, zu einer lebhaften und stellenweise sogar scharfen Parlamentsdebatte, die schließlich in persönliche Auseinandersetzungen, Lärm und gegenseitige Beschimpfungen übergingen - die "nervöse Gegenattacke der PdL-Leute gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Manifestation des demokratischen Freiheitsbegriffs und den Willen zu seiner Verteidigung gegen jeden Angriff".

"Die Vorgänge der letzten Wochen haben mit erschreckender Klarheit gezeigt, welche Gefahren heute einem demokratischen Staatswesen drohen, wenn es nicht fest entschlossen ist, seine verfassungsmäßige Ordnung auch gegen Angriffe von innen kraftvoll und entschieden zu verteidigen. Diese Vorgänge müssen ein Warnungssignal für unsere Behörden und das ganze Volk sein, daß es in unseren Lande Leute gibt, die bereit wären, mit den gleichen verwerflichen Mitteln, wie sie in anderen Ländern angewandt wurden, auch unsere Demokratie zu untergraben". Kennzeichnen diese beiden Sätze den Tenor der gesamtbürgerlichen Erklärung, so sagt diese noch mit Bezug auf die bekannte Haltung der schweizerischen Kommunisten: "Das Schweizervolk hat mit Empörung davon Kenntnis genommen,

daß die Partei der Arbeit diesen tragischen Vorgang - eben "den Untergang der freiheitlichen Demokratie in einem unbefreundeten Staate" (gemeint ist die Tschechoslowakei) - mit einer Siegesfeier zu begegnen wagte und daß ein Mitglied des Nationalrates ein Glückwunschtelegramm zu diesem Ereignis sandte".

Die Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion, die ihr Einverständnis mit der Verlängerung der Staatsschutzbestimmungen ausdrückt und gleichfalls ihre Überführung in die ordentliche Gesetzgebung wünscht, kann aber von ihren "Ergänzungen" - also nicht von "Vorschärfungen", wie im Kommissionsantrage - spricht, fügt noch bei: "Die Handhabung dieser Bestimmungen muß sich jedoch gegen alle Feinde der Demokratie und des wahren sozialen Fortschritts wenden", womit auf bestimmte, obrigkeitlich gefleckte Mächenschaften eines Vaterländischen Verbandes im besonderen und die herrschende soziale Reaktion im Lande im allgemeinen gezielt ist. Indem dann weiter an die einstigen Bedrohungen durch Faschismus und Nationalsozialismus und an die brutale Machtpolitik dieses Regime erinnert wird, "das auch in unseren Lande Freunde und Förderer fand, die sogar nicht vor dem Verbrechen des Landesverrats zurückschreckten", heißt es vom jetzt wiederum zu führenden Kampf "gegen Anpasser und Gleichschalter".

"Wir sind entschlossen, ihn allein und mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften unseres Volkes weiterzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion und Partei steht auf dem Boden des demokratischen Sozialismus. Sozialismus und Demokratie, Sozialismus und Garantie der unveräußerlichen Menschenrechte, der politischen und persönlichen Freiheit sind unlösbar verbunden. Eine Eidgenossenschaft, die sich zu diesem Ziele bekennt und diese Aufgaben erfüllt, sichert ihren Bestand und die Zukunft des Volkes gegen alle Gefahren, mögen sie von innen oder außen drohen... Die Sozialdemokratische Fraktion ruft die Arbeiterschaft, ruft alle Werktätigen auf, die Reihen enger zu schließen und im Blick auf die tragischen Ereignisse der letzten Tage in ruhiger und fester Entschlossenheit alle Zersetzungsversuche, ob sie aus der bürgerlichen Rechtsprelle oder von der kommunistischen Partei der Arbeit kommen, abzulehnen und zu bekämpfen. In der Geschlossenheit und Wachsamkeit liegt die Kraft der Werktätigen und unseres Volkes, liegt die Gewähr für den schließlichen Sieg der sozialen Gerechtigkeit".

"Der neue Geist von Potsdam"

"Der neue Geist von Potsdam" ist der Titel eines Buches, das demnächst im Auer-Druck, Hamburg herauskommen wird. Autor ist Dr. Fritz Löwenthal, ein früherer KP-Mann und nach Kriegsende in leitender Funktion in der Ostzone, der Pfingsten 1947 nach Westdeutschland kam und Mitglied der SPD wurde. Das Buch wird außerdem in England durch Victor Gollancz herausgebracht werden. Ein starkes internationales Echo scheint ihm gewiß.

(m/B. 1/243/hs)